

**Zeitschrift:** Schweizer Spiegel  
**Herausgeber:** Guggenbühl und Huber  
**Band:** 46 (1971)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Schweizer Bauern : Kolchose - ihr Traumsystem?  
**Autor:** Matt, Alphons  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1080119>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Schweizer Bauern: Kolchose — ihr Traumsystem?

«Brugg» rasselt wieder einmal mit den Ketten, denn als solche werden die gegenwärtig geltenden Preissätze für landwirtschaftliche Produkte angesehen. «Brugg» ist – so scheint es – zu einem Machtkampf angetreten. Im «Haus des Schweizer Bauern» in Brugg, dem Sitz des Schweizerischen Bauernverbandes, der Residenz des Schweizerischen Bauernsekretariats und dem Büro der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern, hat man Forderungen ausgearbeitet, die aufhorchen lassen. In der Eingabe an den Bundesrat wird die geforderte lineare Preiserhöhung um acht Prozent mit dem Hinweis auf den Unter Verdienst der Bauern begründet. Aber nicht nur darüber, ob diese Forderungen gerechtfertigt seien, gehen die Meinungen auseinander, viel kontroverser sind sie vor allem in der Interpretation der Konsequenzen. Die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb offen von einer «Radikalisierung in der Landwirtschaft» und spielte damit auf die politischen Konsequenzen an. Auch wer nicht so weit zu gehen bereit ist, ist den Forderungen gegenüber, wenn er nicht selbst zur Landwirtschaft gehört, skeptisch bis ablehnend, weil er ein neues Anziehen der Preis-Lohn-Spirale befürchtet. Was denkt man sich eigentlich im «Haus des Schweizer Bauern»? Die Antwort auf diese Frage geht jeden an, denn davon hängt das Haushaltbudget von uns allen ab. Diese Antworten zu erteilen, erklärte sich der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Joachim Weber, Schwyz, bereit.

**Matt:** Alles spricht von Inflationsgefahr und Teuerungskämpfung. Wirken da nicht die bäuerlichen Forderungen wie eine Faust aufs Auge?

**Weber:** Am Anfang standen nicht die landwirtschaftlichen Begehren, sondern die inflationäre Entwicklung. Der letzte Lagebericht, den wir vorlegten, basierte auf den Ziffern von 1968 und 1969 und auf der Kalkulation für 1970, weil die Landwirtschaftsverordnung im Paritätseinkommensausgleich

festlegt, dass auf ein Dreijahresmittel abgestützt werden muss. Dies war im August des letzten Jahres. Bei der Inflationsquote des Jahres 1970 und des beginnenden Jahres 1971 war es nicht mehr möglich, rückwärts mit abgeschlossener Buchhaltung zu rechnen und eine Kalkulation nach vorn zu machen.

*Immerhin liegt die Inflationsquote noch nicht bei acht Prozent...*

Nicht die Inflationsquote liegt bei acht Prozent, aber die Produktionsmittel der Landwirtschaft sind – wie wir eindeutig im November festgestellt haben – innerhalb eines Jahres um mehr als acht Prozent verteuert worden. Dabei ist der Anstieg der Hypothekarzinsen seit November noch nicht berücksichtigt. Diese Lage führte zur Unruhe unter den Bauern und zu den bekannten Preisforderungen.

*Bäuerliche Unruhe ist allerdings keine Spezialität des Jahres 1971.*

Im Gegenteil, die Unruhe ist schon ziemlich alt, und zwar, weil wir mit unseren Begehren auf Paritätslohnausgleich immer hintendrin hinken. Deshalb hat ja auch die Delegiertenversammlung des Jahres 1961 ihre Einwilligung zu einem Stillhalteabkommen mit allen Sozialpartnern erteilt. Auf dieses Angebot ist aber niemand eingetreten.

*Immerhin sind jetzt die Produktionsmittelpreise nicht allgemein um acht Prozent gestiegen. Bei einzelnen Positionen macht die Steigerung sicher mehr, bei anderen wieder weniger aus. Sie aber versteifen sich auf eine lineare Preiserhöhung Ihrerseits. Ist dies so etwas wie eine Trotzreaktion der beunruhigten Bauern?*

Nein, keineswegs. Die Forderung auf lineare Preiserhöhung ist das Resultat gründlicher Überlegungen. Wir wollen nämlich verhindern, dass sich auf einem Sektor eine übernormale Produktionsausweitung ergibt. Wenn wir zum Beispiel den Sektor Milch speziell nachziehen würden, so dass die Parität zum Fleischsektor über-

stiegen würde, ergäbe sich leicht eine Produktionsausweitung im Milchsektor zu Lasten von Fleisch oder Ackerbau usw., und wir kämen dann rasch wieder in Überschussituationen hinein. Die lineare Erhöhung aber soll verhindern, dass das Produktionslenkungsprogramm gestört wird.

*Trotzdem scheint es nicht unbedingt ganz gerecht, einfach sämtliche Agrarpreise um acht Prozent zu erhöhen, denn die Lage ist nicht in allen Sektoren die gleiche, denken wir nur etwa an Obst usw.*

Für spezielle Bereiche werden wir – etwa Zuckerrüben, Ackerbau, Kartoffeln – spezielle Begründungen geben. Der Obstsektor ist sowieso ausgeklammert, weil dort nach Angebot und Nachfrage ohne Garantien gehandelt wird.

*Sie sagen: keine Garantien! Sie sind aber doch gegen preisgünstige Importe geschützt – mit anderen Worten: der Konsument wird bei teurem schweizerischem Angebot gegen billige Importe abgeschirmt.*

Im Obstsektor spielt das Dreiphasensystem mit der Regulierung an der Grenze. Wenn keine schweizerischen Produkte, zum Beispiel Frühäpfel, angeboten werden, ist der Import frei; wenn ein kleines Angebot vorliegt, spielt die zweite Phase, wonach in begrenztem Rahmen eingeführt werden darf; die dritte Phase ist jene, in der der Inlandmarkt aus eigener Produktion gedeckt werden kann, und dann wird der Import gestoppt.

*Die Hausfrau denkt auch im Dreiphasensystem nicht so sehr an die Volkswirtschaft als an ihr eigenes Haushaltbudget. Vom gleichen Standpunkt aus beurteilt und verurteilt sie also auch die neuen landwirtschaftlichen Preisbegehren.*

Erstens ist festgestellt worden, dass das Haushaltbudget des Arbeiters und des Angestellten nur zu rund zwanzig Prozent durch Nahrungsgüter belastet ist. Zweitens hat Professor Angehrn errechnet, dass vom Konsumenten-

preis in der Schweiz etwa die Hälfte auf Marge, Verpackung und Transport entfällt, so dass vom Haushaltbudget nur noch rund zehn Prozent auf die Urproduktion zu verbuchen sind. Wenn wir dann noch berücksichtigen, dass etwa vierzig Prozent der Nahrungsgüter importiert werden, dass also nur sechzig Prozent der verfügbaren Nahrungsmittel den schweizerischen Preisbegehren unterworfen sind, macht dies also auf das Haushaltbudget übertragen nur noch sechs Prozent aus. Eine Preissteigerung um acht Prozent belastet – mit anderen Worten – also das Haushaltbudget nur um 0,48 Prozent. Überdies ist dies eine sehr verallgemeinernde Rechnung, denn der Konsument wird nicht berührt bei einem Teil der Milchprodukte, weil nur etwa 40 Prozent überwält werden. Nicht überwält wird bei Butter und Käse. Die Gewichtung im Haushaltbudget ist also nicht so schwer, wie man immer sagt.

*Die einzelnen Preis- und Lohnforderungen belasten ja das Haushaltbudget nie sehr spektakulär. Wenn aber nun nach den bäuerlichen Forderungen auch noch gewerkschaftliche Lohnbegehren gestellt würden, wenn auch noch die Beamten – so weit sie dies nicht schon taten – Gehaltserhöhungen verlangen und wenn dies alles addiert wird, spürt dies der kleine Mann im Haushaltbudget eben doch gewaltig.*

Schon, aber dem ist die merkwürdige Tatsache entgegenzuhalten, dass die Leute nicht die billigen Produkte kaufen, sondern die teuern. 1960 hatten wir in der Normalfamilie einen Brotverbrauch von 220 Kilogramm im Jahr. 1968 waren es nur noch 160 Kilogramm. Beim Zucker ging der Verbrauch von 80 auf 59 Kilo zurück, bei den Kartoffeln gar von 214 auf 164 Kilo zurück. 1960 verbrauchte die Normalfamilie 627 Liter Milch, 1968 nur noch 468 Liter. Hingegen ist der Konsum heraufgeschnellt von Fleisch (von 17 auf 20 kg), von Südfrüchten (von 73 auf 95 kg), Kalbfleisch (4,6 auf 6 kg), von Schokolade (von 9



Die Bauernsime im Parlament: Nationalrat Joachim Weber, der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes

auf 12 kg). Es ist auch bezeichnend, dass wir von den besten und damit auch teuersten Fleischstücken viel zu wenig haben und deshalb importieren müssen, wogegen wir Vorderviertel, also billiges Fleisch, exportieren.

*Sie sprechen von der Normal-, also der Durchschnittsfamilie. Das heisst aber, dass viele Familien sogar noch weniger als 160 Kilogramm Brot im Jahr konsumieren, wogegen zahlreiche andere, und sicher gerade die bedürftigeren Familien wesentlich mehr Brot essen. Eine Brotpreiserhöhung trifft also gerade die Minderbemittelten am härtesten, und sie werden sich nicht mit statistischen Durchschnittsrechnungen abspeisen lassen, die nach dem Motto «Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld» den Konsumenten für die Inflation verantwortlich machen wollen.*

Das wollen wir auch keineswegs, denn die Hauptursachen der Inflation kommen vom Ausland her, so dass wir darauf keinen Einfluss haben. In diesem Zusammenhang muss ich unter anderem auf die Tatsache hinweisen, wie sehr unser Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist. Die Plafonierung der Fremdarbeiter limitiert das Arbeitskräfteangebot, die Nachfrage wird noch grösser, und die Abwerbung von

Arbeitern zu immer besseren Bedingungen wirkt sich auch wieder inflationär aus.

*Die Landwirtschaft ist aber aus den bundesrätlichen Massnahmen vom März 1970, die die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte limitierte, ausgeklammert.*

Richtig, wir könnten so viele Ausländer engagieren, wie wir möchten, aber unser Problem liegt darin, genügend Arbeitskräfte zu finden. Parallel zum Rückgang der Zahl betriebsfremder Arbeitskräfte ist auch die Zahl der ausländischen (ein spezieller Sektor der Betriebsfremden) zurückgegangen. In den letzten fünfzehn Jahren ist ein massiver Schwund festzustellen. 1955 zählte man in der schweizerischen Landwirtschaft noch 73 400 männliche und weibliche ständige betriebsfremde Arbeitskräfte, 1969 waren es nurmehr 25 000. Davon waren 1955 etwa 30 000 Ausländer, jetzt nur noch ein paar tausend. Zuerst hatten wir vor allem Italiener, dann Spanier und Portugiesen, hierauf Jugoslawen, und jetzt sehen wir uns nach Türken um, da aus den erwähnten Ländern immer weniger landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu finden sind.

*Warum eigentlich?*

Es ist dies der Zug in die Stadt, der sich in Italien deutlich abzeichnet, der aber auch schon in Spanien und anderswo sichtbar wird. Die Leute wollen nicht mehr auf dem Land leben und vor allem sind sie gegen die langen Arbeitszeiten und den Mangel an Freitagen. – Allerdings ist im Zusammenhang mit der Verschiebung in der Zahl der Arbeitskräfte auch eine strukturelle Veränderung zu erwähnen. 1955 zählte man in der Schweiz noch 204 000 landwirtschaftliche Betriebe, 1969 waren dies nur noch 149 000, davon – gemäss Standardgrenze – 55 450 im Berggebiet.

*Sind denn Betriebe eingegangen oder kleine zu grösseren zusammengeschlossen worden?*

Es handelt sich um einen Rückgang

der Betriebe und um eine Aufstokkung, also eine Betriebsvergrößerung, was aber wieder mehr Investitionen, Mechanisierung, Gebäuderationalisierung bedingt.

*Eine Erscheinung, die nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, von Ciba-Geigy bis hinunter zu kleinen Betrieben, festzustellen ist. Was aber in der Landwirtschaft die Begleiterscheinung ist: Wir haben immer mehr sogenannte Einmannbetriebe, die stillstehen, wenn der Betriebsleiter wegen Krankheit oder Ferien – auch ein Bauer braucht ja einmal Ferien – ausfällt.*

*Hilfe an die Landwirtschaft ist immer Hilfe des Staates. Wo bleiben da die hohen Ideale, wie sie noch vor kurzem in den Schullesebüchern besungen wurden, die Ideale vom «freien Schweizer Bauern»?*

Sie spielen damit an auf die Forderungen nach produktionsunabhängigen Beiträgen, die das Einkommen ausgleichen sollen. Dazu ist zu bemerken, dass auch die Professoren Binswanger und Gasser, die das Problem durch eine Studiengruppe prüfen liessen, zur Überzeugung kamen, man könnte pro Flächenanteil oder nach Grossvieheinheiten einen Ausgleichbeitrag gewähren.

*Die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb vor einiger Zeit über die «Radikalisierung in der Landwirtschaft». Sind es die radikalen Elemente innerhalb des Schweizerischen Bauernverbandes, die solche produktionsunabhängigen Beiträge verlangen?*

Nein, ganz im Gegenteil. Die sogenannten «Radikalen» innerhalb des Bauernverbandes wehren sich dagegen, weil sie fürchten, durch das andere System in eine grössere Abhängigkeit vom Staat zu geraten. Die Radikalen oder Extremisten gehen auf die Preise los. Wir vom Bauernverband jedoch beantragten gegenüber dem Bundesrat, er solle die Vorschläge der Professoren prüfen, und Bundesrat Ernst Brugger hat dies zugesagt.

*Die sogenannten Extremisten fordern also Preiserhöhungen, das Bauern-Establishment aber die staatliche Hilfe!*

Wir haben in den eigenen Reihen grosse Auseinandersetzungen gehabt, die noch nicht verschwunden sind. Ich darf Ihnen offen sagen: Wir von der Spitze, Direktion inklusive Präsident, wir mussten dafür sorgen, dass die Forderungen nicht viel höher ausfielen. Ursprünglich waren sie nämlich höher; es gab beunruhigende Demonstrationsversammlungen, in denen Leute von Extremisten weggewählt wurden, und wir hatten die grösste Mühe, unsere Leute einigermaßen auf die Linie von acht Prozent einschwanken zu lassen.

*War dieser «Extremismus», von dem Sie sprechen, regional zu lokalisieren? Tatsächlich lag ein Unruheherd in der Westschweiz, wo viele Betriebe umgestellt hatten, weil wir ihnen erklärt hatten, im Sinne der Produktionslenkung sei die Umstellung zum Beispiel auf Fleischproduktion besser, weil dort eine Lücke bestehe. Diese Ratschläge wurden befolgt, aber die Umstellung hatte nun den Unmut ausgelöst. Man hielt uns entgegen: Wir haben eine Erhöhung der Produktionskosten in Kauf genommen, aber wir können jetzt nur zu den Preisen verkaufen, die praktisch die gleichen sind wie 1969. Wir hatten diese Leute zwar vorher darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Richtpreise einspielen müssen, was normalerweise etwa sechs Monate beansprucht. Die sechs Monate sind aber längst vorbei, und deshalb der Unwille.*

*Sie sprachen vom «Einschwenken auf die Linie der acht Prozent», das heisst also, dass man den Extremisten nicht ganz nachgab. Andererseits möchte ich auf Ihren Ausweg zurückkommen, auf die Staatshilfe.*

Dazu ist zu sagen: Es ist möglich, dass wir den Ausgleich nicht mehr allein über die Preise erreichen können, wenn die Teuerung im jetzigen Ausmass weitergeht.

*Das bedeutet also, dass der Schweizerische Bauernverband – im Gegensatz zu seinen sogenannten Extremisten – bereit ist, eine gewisse, ja sogar noch eine grössere Abhängigkeit vom Staat als bisher in Kauf zu nehmen.*

Die Abhängigkeit vom Staat ist in den letzten Jahren ohnehin nicht kleiner geworden, sondern grösser. Wenn wir keine anderen Lösungsmöglichkeiten haben, um ein paritätisches Einkommen zu erreichen, bleibt eben nichts anderes übrig. Das heisst, man muss diese Lösung studieren, wobei dann noch offen bleibt, ob sie als solche oder aber kombiniert mit einer anderen angewendet werden soll. Ich persönlich sehe am ehesten eine Kombination. Diese haben wir in einzelnen Sektoren übrigens bereits. Durch das Getreidemonopol zum Beispiel haben wir festgelegte Preise auf dem Schweizer Markt, die aber auf dem Weltmarkt verbilligt werden. Genau dasselbe gilt für den Zucker.

*Die Abhängigkeit vom Staat geht also doch sehr weit, und man könnte sich fragen, wo der Bauer anfangs, ein Staatsangestellter zu werden, oder wo seine Unabhängigkeit und Freiheit aufhöre.*

Das ist genau das, was die Jungen sehr deprimiert. Sie sagen immer wieder: Wir wollen nichts anderes als die gleichen Rechte wie die andern, und wir wollen nicht immer wieder den Vorwurf hören, dass wir an Staatskrücken gehen.

*Sie haben vorhin selbst zugegeben, dass die Abhängigkeit vom Staat in den letzten Jahren zugenommen habe. Sie haben auch zugegeben, dass der Schweizerische Bauernverband es nicht grundsätzlich ablehnt, die staatliche Hilfe weiterhin zu intensivieren. Bewegt sich die Landwirtschaft, wenn die Weichen einmal so gestellt sind, nicht in Richtung auf das Kolchosen-System?*

Ich bin optimistisch, denn das Schweizervolk hat bisher immer sehr grosses Verständnis gegenüber der Land-





Ausserparlamentarische Opposition: Protestkundgebung von Schweizer Bauern

wirtschaft gezeigt, und ich bin überzeugt, es wird dieses Verständnis auch weiterhin aufbringen.

*Das Verständnis des Volkes, auf das Sie anspielen, ist natürlich jenes, das in Franken und Rappen ausgedrückt werden kann.*

Nicht unbedingt, denn auch auf seiten der Landwirtschaft werden Leistungen erbracht, die nicht geldmässig fixiert werden können. Denken wir dabei zum Beispiel an die Erhaltung der Kulturlandschaft – speziell in Hügel- und Berggebieten. Wenn wir nämlich nichts unternehmen, so müssen wir eine Entvölkerung der schwer bewirtschaftbaren Gebiete in Kauf nehmen, die schliesslich zur Abwanderung ganzer Dorfgemeinschaften führen müsste. Die logische Folge wäre dann, dass diese Gebiete auch keine Erholungsgebiete mehr sein könnten. Übrig bliebe nur eines: der Staat müsste auf seine Kosten die Pflege der Landschaft übernehmen. Diese Probleme sind in Westdeutschland noch viel ausgeprägter, wo man wegen Entvölkerung ganzer Täler nicht einmal mehr richtige Skipisten zur Verfügung hat, wo man mit Segelfliegern nicht mehr landen kann, wo aber auch für die Schaffung von Erholungszentren jede Grundlagenstruktur fehlt. Das Entwicklungsprojekt

von Professor Allemann geht ja nun auch in der Schweiz darauf aus, die Bevölkerung in den Berggebieten zu halten – ein Dienst also an der Landwirtschaft und am Land an sich.

*Wenn aber der Staat sich in dieser Beziehung vermehrt einschalten würde, so könnte man die Landwirtschaft vom schlechten Geruch, sie lebe auf Staatskosten, befreien, und die staatliche Sorge um Erholungszentren würde augenfällig dem Volk nützen, der Landwirtschaft aber indirekt helfen, als sie damit von solchen eigentlich landwirtschaftsfremden Aufgaben entlastet wäre.*

Das war auch der Grund, weshalb wir uns dafür einsetzen, dass die produktionsunabhängigen Möglichkeiten geprüft werden. Eine solche Lösung würde auf alle Fälle viel Zeit beanspruchen, so dass es notwendig ist, sie durch Fachleute abklären zu lassen, wie dies Bundesrat Ernst Brugger jetzt versprochen hat.

*Landwirtschaft ist nun einmal – schweizerisch und international gesehen – im höchsten Grad ein Politikum. Einst verwies man auf die Notwendigkeit, die Landwirtschaft zu stützen, mit dem Argument, man brauche sie vor allem auch in Krisen- oder Kriegszeiten. Könnte die*

*schweizerische Landwirtschaft für unser Land eine solche Funktion überhaupt noch erfüllen?*

Trotz der Bevölkerungszunahme – wir haben ja jetzt mehr als sechs Millionen Einwohner – ist der Anteil der Versorgung bei gestörter Zufuhr grösser als 1939 oder während des Zweiten Weltkrieges. Wir könnten die Inlandversorgung über drei Viertel sicherstellen, wobei natürlich eine Änderung gewisser Verbrauchergewohnheiten unumgänglich wäre. Durch die Produktivitätssteigerung haben wir erreicht, dass dieser höhere Prozentsatz der Inlandproduktion vorhanden wäre. Das ist ausgerechnet worden durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Die gleiche Studiengruppe hat übrigens nachträglich durch einen Computer die Handlungsweise im Zusammenhang mit dem «Plan Wahlen», dem Versorgungsplan des Zweiten Weltkrieges, untersucht und ihn für richtig befunden.

*Damit sind wir wieder einmal nicht bei der Frage, wieviel der Staat der Landwirtschaft helfen soll, sondern welchen Dienst die Landwirtschaft dem Land leisten könnte. Besten Dank, Herr Nationalrat Weber.*